Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Hessen

2022	Ausgegeben zu Wiesbaden am 15. Dezember 2022	Nr. 41
Tag	Inhalt	Seite
09.12.22	Achte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Bestimmung verkehrsrecht- licher ZuständigkeitenÄndert FFN 61-60	718
06.12.22	Sechste Verordnung zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungskostenordnung Ändert FFN 305-66	722
25.11.22	Zweite Verordnung zur Änderung der Gefahrenabwehrverordnung gegen das Aufsteigenlassen von ballonartigen Leuchtkörpern	
01.12.22	Verordnung zur Übertragung von landeseigenen Grundstücken auf die Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main im Wege der Zustiftung	724
28.11.22	Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Einleiten von Grundwasser und Abwasser in öffentliche Abwasseranlagen	

Achte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Bestimmung verkehrsrechtlicher Zuständigkeiten*)

Vom 9. Dezember 2022

Aufgrund

- des § 1 Satz 1 des Gesetzes zur Bestimmung von Zuständigkeiten vom 3. April 1998 (GVBI. I S. 98), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2012 (GVBI. S. 622),
- des § 36 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBI. I S. 602), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Oktober 2021 (BGBI. I S. 4607),
- des § 26 Abs. 1 Satz 1 des Straßenverkehrsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 2003 (BGBI. I S. 310, 919), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Juli 2021 (BGBI. I S. 3108),
- des § 15 des Kraftfahrsachverständigengesetzes vom 22. Dezember 1971 (BGBI. I S. 2086), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Juli 2021 (BGBI. I S. 3091),
- des § 2 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 der Verordnung zur Durchführung des Kraftfahrsachverständigengesetzes vom 24. Mai 1972 (BGBI. I S. 854), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. August 2015 (BGBI. I S. 1474),
- des § 89 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Januar 2005 (GVBI. I S. 14), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. September 2021 (GVBI. S. 622, 630),
- des § 27 Abs. 3 Satz 1 des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes vom 26. November 2020 (BGBI. I S. 2575),
- 8. des § 1 des Gesetzes über die Ermächtigung zur Bestimmung der Zuständigkeiten für die Durchführung des Übereinkommens vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leichtverderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderung zu verwenden sind, vom 18. Mai 1977 (GVBI. I S. 198) und
- des § 67 Abs. 4 Satz 5 der Fahrerlaubnis-Verordnung vom 13. Dezember 2010 (BGBI. I S. 1980), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. März 2022 (BGBI. I S. 498),

verordnet die Landesregierung, soweit die Zuständigkeiten zwischen den Verwaltungsstufen nach § 89 Abs. 3 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung bestimmt werden, im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und für Sport:

Artikel 1

Die Verordnung zur Bestimmung verkehrsrechtlicher Zuständigkeiten vom 12. November 2007 (GVBI. I S. 800), zuletzt geändert durch Verordnung vom 5. Juli 2021 (GVBI. S. 331), wird wie folgt geändert:

- In § 3 Abs. 1 und 2 Satz 1 wird die Angabe "§§ 23, 24, 24a, 24b" jeweils durch "§§ 24, 24a" ersetzt.
- 2. § 8 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In dem Satzteil vor Nr. 1 werden die Wörter "nach der Fahrerlaubnis-Verordnung" gestrichen.
 - bb) Nr. 1 Buchst. j wird wie folgt gefasst:
 - "j) die Genehmigung von Ausnahmen in den Fällen der Buchst. a bis i nach § 74 Abs. 1"
 - cc) Nach Nr. 1 Buchst. j werden die Wörter "der Fahrerlaubnis-Verordnung" eingefügt.
 - dd) Nr. 2 Buchst. d wird wie folgt gefasst:
 - "d) die Genehmigung von Ausnahmen in den Fällen der Buchst. a bis c nach § 74 Abs. 1"
 - ee) Nach Nr. 2 Buchst. d werden die Wörter "der Fahrerlaubnis-Verordnung" eingefügt.
 - ff) Nr. 3 Buchst. d wird wie folgt gefasst:
 - "d) die Genehmigung von Ausnahmen in den Fällen der Buchst. a bis c nach § 74 Abs. 1"
 - gg) Nach Nr. 3 Buchst. d werden die Wörter "der Fahrerlaubnis-Verordnung" eingefügt.
 - hh) In Nr. 4 werden nach den Angaben "§ 67 Abs. 4 Satz 4", "§ 67 Abs. 4 Satz 1" und "§ 67 Abs. 5 Satz 2" jeweils die Wörter "der Fahrerlaubnis-Verordnung" eingefügt.
 - b) In Abs. 3 Satz 2 werden nach den Angaben "§ 74 Abs. 1" und "§ 4 Abs. 2 Satz 2" jeweils die Wörter "der Fahrerlaubnis-Verordnung" eingefügt.
- In § 9 Abs. 1 wird die Angabe "Verordnung vom 18. Dezember 2020 (BGBI. I S. 3047)" durch "Gesetz vom 12. Juli 2021 (BGBI. I S. 3091)" ersetzt und wird die Angabe "und die Durchführung des Anhörverfahrens im Sinne des § 44 Abs. 3a Satz 1 der Straßenverkehrs-Ordnung" gestrichen.

- 4. § 10 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 1 Nr. 1 und 2 wird wie folgt gefasst:
 - "1. a) für die Erteilung einer Erlaubnis nach § 29 Abs. 3 der Straßenverkehrs-Ordnung,
 - b) für die Genehmigung einer Ausnahme vom Verbot, eine Autobahn oder eine Kraftfahrstraße mit dort nicht zugelassenen
 Fahrzeugen zu benutzen, nach
 § 46 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 der Straßenverkehrs-Ordnung oder von
 den Vorschriften über Höhe,
 Länge und Breite von Fahrzeug und Ladung nach § 46
 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 der Straßenverkehrs-Ordnung sowie
 - c) für die Durchführung des Anhörverfahrens im Sinne des § 44 Abs.
 3a Satz 1 der Straßenverkehrs-Ordnung

das Hessen Mobil – Straßen- und Verkehrsmanagement,

- 2. im Übrigen
 - a) für die Autobahnen, soweit die Zuständigkeit des Landes Hessen besteht, und für Straßen von besonderer Verkehrsbedeutung nach § 9 Abs. 2 das Hessen Mobil – Straßen- und Verkehrsmanagement,
 - b) für sonstige Straßen
 - aa) in kreisfreien Städten die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister als Kreisordnungsbehörde,
 - bb) in Sonderstatus-Städten nach § 4a Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister als örtliche Ordnungsbehörde,
 - cc) in kreisangehörigen Gemeinden mit bis zu 50 000 Einwohnerinnen und Einwohnern die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister als örtliche Ordnungsbehörde; dies gilt nicht
 - aaa) für Anordnungen zur Anbringung von Verkehrszeichen und Einrichtungen, Anordnungen von Verkehrsbeschränkungen und Verboten für den Bereich der Bundesstraßen, in kreisangehörigen Gemeinden mit bis zu 7 500 Einwohnerinnen und Einwohnern für den Bereich der Landesstraßen oder wenn sich die Anordnung von Verkehrsbeschränkungen und Verkehrsverboten nach § 45 der Straßenverkehrs-Ordnung über das Gemeindegebiet hinaus auswirkt.
 - bbb) für die Anordnung nach § 45 der Straßenverkehrs-

- Ordnung der Einrichtung von Lichtzeichenanlagen nach § 37 der Straßenverkehrs-Ordnung und von Fußgängerüberwegen nach § 26 der Straßenverkehrs-Ordnung im Zuge von Bundes- und Landesstraßen ausgenommen im Zuge der Ortsdurchfahrten in Gemeinden mit mehr als 30 000 Einwohnerinnen und Einwohnern und
- ccc) für die Erteilung einer Erlaubnis nach § 29 Abs. 2 und § 30 Abs. 2 der Straßenverkehrs-Ordnung sowie die Genehmigung einer Ausnahme nach § 46 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 der Straßenverkehrs-Ordnung, wenn sich die Maßnahme über das Gemeindegebiet hinaus auswirkt,
- dd) im Übrigen die Landrätin oder der Landrat als Kreisordnungsbehörde."
- b) Abs. 6 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nr. 1 wird aufgehoben.
 - bb) Die bisherigen Nr. 2 und 3 werden die Nr. 1 und 2.
- In § 11 wird die Angabe "20. April 2020 (BGBI. I S. 814)" durch "24. Juni 2022 (BGBI. I S. 1011)" ersetzt.
- 6. § 14 wird wie folgt geändert:
 - a) In dem Satzteil vor Nr. 1 werden die Wörter "Nach der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung ist zuständige" durch das Wort "Zuständige" ersetzt.
 - b) Nr. 2 wird aufgehoben.
 - c) Die bisherigen Nr. 3 bis 9 werden die Nr. 2 bis 8.
 - d) Die bisherige Nr. 10 wird Nr. 9 und wie folgt gefasst:
 - "9. die Anerkennung von Kraftfahrzeugwerkstätten, die nicht Mitgliedsbetriebe des Landesinnungsverbandes für das Kraftfahrzeughandwerk sind, zur Durchführung von Prüfungen der Fahrtschreiber und Kontrollgeräte nach Nr. 1.1 Satz 1 der Anlage XVIIId (Anerkennung von Kraftfahrzeugwerkstätten zur Durchführung von Prüfungen sowie Schulung der mit der Prüfung beauftragten Fachkräfte)"
 - e) Die bisherige Nr. 11 wird Nr. 10.
 - f) Die bisherige Nr. 12 wird Nr. 11 und wie folgt gefasst:
 - "11. die Aufsicht über die Schulungen für die nicht vom Bundesinnungsverband für das Kraftfahrzeughandwerk ermächtigten Stellen nach Nr. 9.2 Satz 1 der Anlage XVIIId (Anerkennung von Kraftfahrzeugwerkstätten zur Durchführung von Prüfungen sowie Schulung der mit

- der Prüfung beauftragten Fachkräfte\"
- g) Nach der neuen Nr. 11 werden die Wörter "der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung ist" eingefügt.
- 7. § 15 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In dem Satzteil vor Nr. 1 wird die Angabe "Nach der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung ist zuständige Stelle nach § 70 Abs. 1 Nr. 2" durch "Zuständige Stelle nach § 70 Abs. 1 Nr. 2 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung ist" ersetzt.
 - bb) In Nr. 1 werden nach den Angaben "§ 22a Abs.1" und § 22 Abs. 1" jeweils die Wörter "der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung" eingefügt.
 - cc) In Nr. 2 werden nach der Angabe "§ 30 oder 30c" die Wörter "der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung" eingefügt.
 - dd) In Nr. 3 werden nach der Angabe "§ 35a" die Wörter "der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung" eingefügt.
 - ee) In Nr. 4 werden nach der Angabe "§ 36 und 36a" die Wörter "der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung" eingefügt.
 - ff) In Nr. 5 werden nach der Angabe "§ 38a" die Wörter "der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung" eingefügt.
 - gg) In Nr. 6 werden nach der Angabe "§ 41" die Wörter "der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung" eingefügt.
 - hh) In Nr. 7 werden nach der Angabe "§ 43 Abs. 2" die Wörter "der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung" eingefügt.
 - ii) In Nr. 8 werden nach der Angabe "§ 47" die Wörter "der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung" eingefügt.
 - jj) In Nr. 9 werden nach der Angabe "§ 47c" die Wörter "der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung" eingefügt.
 - kk) In Nr. 10 werden nach der Angabe "§ 49" die Wörter "der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung" eingefügt.
 - II) In Nr. 11 werden nach den Angaben "§ 50 Abs. 5 Satz 2" und "§ 50 Abs. 8" jeweils die Wörter "der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung" eingefügt.
 - mm) In Nr. 12 werden nach der Angabe "§ 53a Abs. 4" die Wörter "der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung" eingefügt.
 - nn) In Nr. 13 werden nach der Angabe "§ 53d Abs. 5" die Wörter "der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung" eingefügt.

- oo) In Nr. 14 werden nach der Angabe "§ 54 Abs. 1 und 3" die Wörter "der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung" eingefügt.
- pp) In Nr. 15 werden nach der Angabe "§ 57 Abs. 2 und 3" die Wörter "der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung" eingefügt.
- qq) In Nr. 16 werden nach der Angabe "§ 59 Abs. 1 und 2" die Wörter "der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung" eingefügt.
- b) In Satz 2 werden nach dem Wort "ist" die Wörter "in den dort genannten Fällen" eingefügt und wird die Angabe "Verordnung vom 23. März 2017 (BGBI. I S. 522)" durch "Gesetz vom 27. Juli 2021 (BGBI. I S. 3146)" ersetzt.
- 8. § 17 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In dem Satzteil vor Nr. 1 werden die Wörter "nach dem Kraftfahrsachverständigengesetz" gestrichen.
 - bb) Nach Nr. 3 werden die Wörter "des Kraftfahrsachverständigengesetzes" eingefügt.
 - b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In dem Satzteil vor Nr. 1 werden die Wörter "nach der Verordnung zur Durchführung des Kraftfahrsachverständigengesetzes" gestrichen.
 - bb) Nach Nr. 2 werden die Wörter "der Verordnung zur Durchführung des Kraftfahrsachverständigengesetzes" eingefügt.
- In § 18 wird die Angabe "Gesetz vom 29. Juni 2020 (BGBI. I S. 1528)" durch "Verordnung vom 24. Juni 2022 (BGBI. I S. 986)" ersetzt.
- 10. In § 20 Abs. 1 Nr. 1 wird die Angabe "Abs. 2" durch "Abs. 4" ersetzt.
- In § 21 Abs. 1 wird die Angabe "Verordnung vom 31. August 2015 (BGBI. I S. 1474)" durch "Gesetz vom 23. Juni 2021 (BGBI. I S. 1858)" ersetzt.
- 12. § 26 wird wie folgt geändert:
 - a) In dem Satzteil vor Nr. 1 werden die Wörter "nach dem Berufskraftfahrerqualifikationsgesetz" gestrichen.
 - b) Nach Nr. 1 Buchst. c und Nr. 2 Buchst. d werden jeweils die Wörter "des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes" eingefügt.
 - c) Nr. 3 wird wie folgt gefasst:
 - "3. die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 28 Abs. 1 sowie 2 Nr. 1 und 2 des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes ist das Regierungspräsidium Kassel."

- 13. § 28 wird wie folgt geändert:
 - a) In dem Satzteil vor Nr. 1 wird die Angabe "für den Vollzug des Übereinkommens vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (BGBI. 1974 II S. 566), zuletzt geändert am 19. April 1986 (BGBI. 1988 II S. 648)," gestrichen.
 - b) Nach Nr. 1 Buchst. b wird die Angabe "des Übereinkommens vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (BGBI. 1974 II S. 566), zuletzt geändert durch Verordnung vom 17. November 2021 (BGBI. II S. 1154), das" eingefügt.
 - c) In Nr. 2 wird nach der Angabe "Art. 4 Abs. 2 Buchst. a" die Angabe "des Übereinkommens vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind," eingefügt.
- 14. In § 29 wird nach der Angabe "(BGBI. I S. 1595)," die Angabe "geändert durch Gesetz vom 9. Juni 2021 (BGBI. I S. 1730)," eingefügt.

- In § 34 werden nach der Angabe "(BGBI. I S. 481)" ein Komma und die Angabe "zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. Juni 2021 (BGBI. I S. 1295)" eingefügt.
- 16. § 35 wird wie folgt gefasst:

"§ 35

Zuständige Behörde für die Bestimmung des Fahrweges nach § 35a Abs. 3 Satz 1 der Gefahrgutverordnung Straße, Eisenbahn und Binnenschifffahrt ist die Kreisordnungsbehörde."

- In § 37 wird die Angabe "4. Juli 2019 (BGBI. II S. 756 und Anlageband)" durch "16. November 2021 (BGBI. II S. 1184 und Anlageband)" ersetzt.
- 18. In § 44 wird die Angabe "§ 7a" durch "§ 10" ersetzt.
- 19. § 45 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 1 Nr. 5 wird die Angabe "Abs. 2" durch "Abs. 4" ersetzt.
 - b) In Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe "und 8" gestrichen.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Abweichend von Satz 1 tritt Art. 1 Nr. 4 Buchst. a am 1. März 2023 in Kraft.

Wiesbaden, den 9. Dezember 2022

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident Rhein Der Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen

Al-Wazir

Sechste Verordnung zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungskostenordnung*) Vom 6. Dezember 2022

Aufgrund des § 2 Abs. 1 Satz 1 des Hessischen Verwaltungskostengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Januar 2004 (GVBI. I S. 36), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 2018 (GVBI. S. 330), verordnet die Landesregierung:

Artikel 1

Die Anlage der Allgemeinen Verwaltungskostenordnung vom 11. Dezember 2009 (GVBl. I S. 763), zuletzt geändert durch Verordnung vom 2. Dezember 2021 (GVBl. S. 786), wird wie folgt geändert:

- 1. In Nr. 1411 wird in Spalte 4 die Angabe "21,50" durch "22,25" ersetzt.
- 2. In Nr. 1412 wird in Spalte 4 die Angabe "17,75" durch "18,25" ersetzt.
- 3. In Nr. 1413 wird in Spalte 4 die Angabe "14" durch "14,50" ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 29. Dezember 2022 in Kraft.

Wiesbaden, den 6. Dezember 2022

Der Hessische Ministerpräsident Rhein Der Hessische Minister der Finanzen Boddenberg

^{*)} Ändert FFN 305-66

Zweite Verordnung zur Änderung der Gefahrenabwehrverordnung gegen das Aufsteigenlassen von ballonartigen Leuchtkörpern*)

Vom 25. November 2022

Aufgrund des § 72 Abs. 1 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Januar 2005 (GVBI. I S. 14), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. September 2021 (GVBI. S. 622), verordnet der Minister des Innern und für Sport:

Artikel 1

Die Gefahrenabwehrverordnung gegen das Aufsteigenlassen von ballonartigen Leuchtkörpern vom 16. Juli 2009 (GVBI. I S. 275), geändert durch Verordnung vom 17. Juli 2014 (GVBI. S. 202), wird wie folgt geändert:

- In § 1 werden nach dem Wort "ballonartige" die Wörter "und leinengeführte ballonartige" eingefügt.
- In § 2 Abs. 1 werden nach dem Wort "ballonartigen" die Wörter "oder leinengeführten ballonartigen" eingefügt.
- 3. In § 3 Satz 2 wird die Angabe "2022" durch "2032" ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 31. Dezember 2022 in Kraft.

Wiesbaden, den 25. November 2022

Der Hessische Minister des Innern und für Sport

Beuth

^{*)} Ändert FFN 310-110

Verordnung zur Übertragung von landeseigenen Grundstücken auf die Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main im Wege der Zustiftung*)

Vom 1. Dezember 2022

Aufgrund des § 90 Abs. 5 Satz 2 des Hessischen Hochschulgesetzes vom 14. Dezember 2021 (GVBI. S. 931), geändert durch Gesetz vom 1. April 2022 (GVBI. S. 184), verordnet die Ministerin für Wissenschaft und Kunst im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen:

§ 1

Eigentumsübergang

Anlage 1

Anlage 2

- (1) Die in der Anlage 1 genannten Grundstücke gehen vollständig im Wege der Zustiftung in das Eigentum der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main (Stiftungsuniversität) über.
- (2) Von den in der Anlage 2 genannten Grundstücken, die infolge der Zerlegung und Verschmelzung von Flurstücken neu gebildet wurden, gehen die in den Anhängen a) und b) zu Anlage 2 blassgrün markierten Teilflächen im Wege Zustiftung in das Eigentum der Stiftungsuniversität über.
- (3) Rechte und Pflichten, die sich aus dem Eigentum an den Grundstücken nach den vorstehenden Abs. 1 und 2 ergeben, gehen ebenfalls auf die Stiftungsuniversität über.
- (4) Grundstück im Sinne dieser Verordnung ist jedes Flurstück, unabhängig davon, ob es im Grundbuch unter einer laufenden

Nummer im Bestandsverzeichnis als eigenständiges Grundstück oder als Teil eines Grundstücks verbucht ist.

§ 2

Freistellung

Die Stiftungsuniversität stellt das Land gegenüber Dritten von Verbindlichkeiten frei, die das Land, vertreten durch die Stiftungsuniversität, im Zusammenhang mit den in den Anlagen 1 und 2 aufgeführten Grundstücken eingegangen ist.

§ 3

Kostentragung

Alle Kosten, die im Zusammenhang mit der Grundstücksübertragung nach § 1 entstehen, finanziert die Stiftungsuniversität aus eigenen Mitteln.

§ 4

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2029 außer Kraft.

Wiesbaden, den 1. Dezember 2022

Die Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst

Dorn-Rancke

Anlage 1 (zu § 1 Abs. 1)

Grundstücksverzeichnis

Katastereintrag				Grundbucheintragung		
Gemarkung	Flur	Flurstück	Größe in m²	Grundbuch von	lfd. Nr.	Blatt
Frankfurt Bezirk 19	284	14/36	2	Frankfurt Bezirk 19	13	1702
Frankfurt Bezirk 19	284	14/38	585	Frankfurt Bezirk 19	15	1702
Frankfurt Bezirk 19	282	49/4	6	Frankfurt Bezirk 19	26	1702
Frankfurt Bezirk 19	290	3/42	943	Frankfurt Bezirk 19	26	1702
Frankfurt Bezirk 19	282	50/4	19	Frankfurt Bezirk 19	27	1702
Frankfurt Bezirk 19	282	50/12	192	Frankfurt Bezirk 19	28	1702
Frankfurt Bezirk 19	282	50/14	1.575	Frankfurt Bezirk 19	28	1702
Frankfurt Bezirk 19	282	49/5	14	Frankfurt Bezirk 19	29	1702
Frankfurt Bezirk 19	282	50/15	4.777	Frankfurt Bezirk 19	29	1702
Frankfurt Bezirk 19	290	3/44	173	Frankfurt Bezirk 19	34	1702
Frankfurt Bezirk 19	284	34/15	1.479	Frankfurt Bezirk 19	42	1702
Frankfurt Bezirk 19	289	7/11	317	Frankfurt Bezirk 19	42	1702
Frankfurt Bezirk 19	284	14/60	8.696	Frankfurt Bezirk 19	44	1702
Frankfurt Bezirk 19	289	7/13	504	Frankfurt Bezirk 19	44	1702
Frankfurt Bezirk 19	289	7/15	170	Frankfurt Bezirk 19	45	1702
Frankfurt Bezirk 19	289	7/13	208	Frankfurt Bezirk 19	46	1702
Frankfurt Bezirk 19	282	50/16	2.300	Frankfurt Bezirk 19	47	1702
Frankfurt Bezirk 19	282	50/10	2.300	Frankfurt Bezirk 19	48	1702
Frankfurt Bezirk 19	290	3/46	3.484	Frankfurt Bezirk 19	48	1702
Frankfurt Bezirk 19	282	49/9	8.826	Frankfurt Bezirk 19	49	1702
Frankfurt Bezirk 19	284	14/20	3.540	Frankfurt Bezirk 19	49 54	1702
Frankfurt Bezirk 19	284	14/20		Frankfurt Bezirk 19	55 55	1702
Frankfurt Bezirk 19	289	7/4	2.698 5	Frankfurt Bezirk 19	55 55	1702
Frankfurt Bezirk 19	289	7/4	129	Frankfurt Bezirk 19	55 55	1702
Frankfurt Bezirk 19	289	7/8	415	Frankfurt Bezirk 19	55 55	1702
	284	14/57			55 59	
Frankfurt Bezirk 19			4.218	Frankfurt Bezirk 19	59 	1702
Frankfurt Bezirk 19 Frankfurt Bezirk 19	289	7/9	131	Frankfurt Bezirk 19	62	1702
	291	106/2	3.106	Frankfurt Bezirk 19		1702
Frankfurt Bezirk 19	291	106/4	3.523	Frankfurt Bezirk 19	62	1702
Frankfurt Bezirk 19	291	106/3	2.883	Frankfurt Bezirk 19	63	1702
Frankfurt Bezirk 19	284 284	14/15 14/34	2.212	Frankfurt Bezirk 19	66 67	1702 1702
Frankfurt Bezirk 19			145	Frankfurt Bezirk 19		
Frankfurt Bezirk 19	289	7/10	973	Frankfurt Bezirk 19	69	1702
Frankfurt Bezirk 19	284	14/64	3.933	Frankfurt Bezirk 19	69	1702
Frankfurt Bezirk 19	284	14/66	1.173	Frankfurt Bezirk 19	69	1702
Frankfurt Bezirk 19	284	14/65	5.702	Frankfurt Bezirk 19	69	1702
Frankfurt Bezirk 19	284	14/67	3.836	Frankfurt Bezirk 19	69	1702
Frankfurt Bezirk 19	289	2/32	1.144	Frankfurt Bezirk 19	74	1702
Frankfurt Bezirk 19	289	2/70	812	Frankfurt Bezirk 19	74	1702
Frankfurt Bezirk 19	284	14/49	2.031	Frankfurt Bezirk 19	75	1702
Frankfurt Bezirk 19	284	14/50	720	Frankfurt Bezirk 19	75	1702
Frankfurt Bezirk 19	284	14/68	1.936	Frankfurt Bezirk 19	78	1702
Frankfurt Bezirk 19	284	14/59	10.498	Frankfurt Bezirk 19	80	1702
Frankfurt Bezirk 19	289	7/12	415	Frankfurt Bezirk 19	80	1702
Frankfurt Bezirk 19	289	7/14	315	Frankfurt Bezirk 19	80	1702
Niederursel/H.	5	51/9	361	Niederursel/H.	451	1770
Niederursel/H.	5	104	1.819	Niederursel/H.	424	1770
Niederursel/H.	1	1141	2.169	Niederursel/H.	432	1770

Niederursel/H.	5	89	231	Niederursel/H.	433	1770
Niederursel/H.	5	92	737	Niederursel/H.	434	1770
Niederursel/H.	5	94	1.075	Niederursel/H.	435	1770
Kalbach	46	230/7	276	Kalbach	80	3510
Kalbach	46	231/2	390	Kalbach	81	3510
Kalbach	46	230/8	4.598	Kalbach	84	3510
Kalbach	46	230/16	14	Kalbach	220	3510
Kalbach	46	231/5	1.486	Kalbach	220	3510
Kalbach	46	232/3	1.231	Kalbach	234	3510
Kalbach	46	231/3	779	Kalbach	235	3510
Kalbach	46	230/9	3.508	Kalbach	237	3510
Kalbach	46	232/2	9	Kalbach	238	3510
Kalbach	46	230/22	9.403	Kalbach	239	3510
Kalbach	46	230/23	327	Kalbach	240	3510
Kalbach	46	230/17	7	Kalbach	242	3510
Kalbach	46	231/6	9	Kalbach	242	3510
Kalbach	46	232/12	1.801	Kalbach	248	3510
Kalbach	46	232/15	1.740	Kalbach	259	3510
Kalbach	46	232/5	2.023	Kalbach	261	3510
Kalbach	46	232/16	3.750	Kalbach	261	3510
Bockenheim	25	220/32	3.442	Bockenheim	18	7748

Anlage 2 (zu § 1 Abs. 2)

Grundstücksverzeichnis

Katastereintrag				Grundbucheintragung		
Gemarkung	Flur	Flurstück	Größe in m²	Grundbuch von	Lfd. Nr.	Blatt
Frankfurt Bezirk 19	284	14/61	146.213	Frankfurt Bezirk 19	80	1702
Niederursel/H.	5	36/19	232.798	Niederursel/H.	423	1770
Kalbach	46	232/13	1.715	Kalbach	249	3510

Anhang a) zu Anlage 2



Anhang b) zu Anlage 2



Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Einleiten von Grundwasser und Abwasser in öffentliche Abwasseranlagen*)

Vom 28. November 2022

Aufgrund des § 38 Abs. 3 und des § 68, jeweils in Verbindung mit § 76 Abs. 1, des Hessischen Wassergesetzes vom 14. Dezember 2010 (GVBI. I S. 548), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. November 2022 (GVBI. S. 576), verordnet die Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Artikel 1

Die Verordnung über das Einleiten von Grundwasser und Abwasser in öffentliche Abwasseranlagen vom 18. Juni 2012 (GVBI. S. 172), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3. Dezember 2021 (GVBI. S. 820), wird wie folgt geändert:

 In § 1 Nr. 1 wird die Angabe "16. Juni 2020 (BGBI. I S. 1287)" durch "20. Januar 2022 (BGBI. I S. 87)" ersetzt.

- 2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe "18. August 2021 (BGBI. I S. 3901)" durch "20. Juli 2022 (BGBI. I S. 1237)" ersetzt.
 - b) In Abs. 2 Nr. 1 wird die Angabe "15. November 2021 (StAnz. S. 1559)" durch "11. November 2022 (StAnz. S. 1320)" ersetzt.
- 3. In § 8 Satz 2 wird die Angabe "31. Dezember 2022" durch "31. Juli 2023" ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 28. November 2022

Die Hessische Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Hinz

Herausgeber: Hessische Staatskanzlei, Wiesbaden
Verlag: A. Bernecker Verlag GmbH, Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (05661) 731-0, Fax (05661) 731400, Internet: www.bernecker.de
Druck: Druckerei Bernecker GmbH, Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen, Telefon (05661) 731-0

Vertrieb und Abonnementverwaltung:
A. Bernecker Verlag GmbH, Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen, Tel.: (05661) 731-420, Fax: (05661) 731-400 E-Mail: aboverwaltung@bernecker.de

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Abbestellungen zum 31. Dezember müssen spätestens am 15. November schriftlich beim Verlag vorliegen. Fälle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung und dergleichen entbinden den Verlag von der Verpflichtung auf Erfüllung von Aufträgen und Schadensersatzleistungen.

Bezugspreis: Der jährliche Bezugspreis ab 01.01.2022 beträgt € 79,- inkl. MwSt. und Versand. Einzelausgaben kosten bis zu einem Umfang von 16 Seiten € 4,88. Bei stärkeren Ausgaben erhöht sich der Preis um € 3,90 je zusätzlich angefangener 16 Seiten. Die Preise der Einzelausgaben verstehen sich inkl. MwSt. und zzgl. Porto und Verpackung.